



Antrag

der Abgeordneten **Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag dankt den Kirchen in Bayern für ihre wichtige, wertvolle und einzigartige Arbeit für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, für die Pflege der christlich-jüdischen Kultur Bayerns und für ihre klare Haltung zu unserer Demokratie.

Der Landtag bittet die Kirchen in Bayern, sich weiterhin in allen – auch tagespolitischen – Fragen keine Zurückhaltung aufzuerlegen, sondern klare Werteorientierung zu geben. Die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein.

Der Landtag steht zu den ideellen und finanziellen Verpflichtungen aus den Staatskirchenverträgen. Aus diesen historischen Verträgen erwächst mitnichten die Verpflichtung, sich politisch konform mit der Mehrheitspartei im Landtag zu verhalten. Die Kirchen in Bayern sind frei.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, von weiteren Versuchen abzusehen, den Kirchen ein von ihr vorgegebenes politisches Wohlverhalten abzuverlangen.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat sich in der Öffentlichkeit gegenüber den Kirchen in Bayern völlig unangemessen geäußert. Seine Hinweise auf die Ausgaben an die Kirchen im Staatshaushalt hat er verbunden mit der Drohung, sie sollten sich nicht kritisch gegenüber denjenigen verhalten, die ihnen das Geld überweisen würden, sonst sei es vielleicht einmal vorbei mit den Zahlungen. Das ist ein klassischer Verweis auf „Wer zahlt, schafft an.“

Die Kirchen erhalten Mittel aus dem Staatshaushalt als Ablöse für die Enteignungen aus dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803. Sie erhalten sie als Entschädigungsleistung. Der Erhalt dieser Entschädigungsleistungen ist nicht an politische Opportunität gebunden. Es ist unseres Erachtens geschichtvergessen und peinlich, dass der Ministerpräsident des Freistaates in seinen jüngsten Äußerungen einen solchen Zusammenhang herstellt.

Als einer der Träger der freien Wohlfahrtspflege, als Eigentümer und Bewahrer vieler kultureller Schätze im Freistaat und als Lehrkräfte an unseren Schulen erhalten die Kirchen weitere Mittel aus dem Staatshaushalt. Diese Mittel werden für die Erfüllung bestimmter Aufgaben verausgabt und sind ebenfalls nicht an politische Opportunität gebunden.

Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass die Kirchen in Bayern frei sind. Sie selbst und niemand anderes entscheidet darüber, ob Fragen der Tagespolitik in die Predigt gehören oder nicht.